

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator,
Stephan Gamm, Joachim Lenders (CDU) und Fraktion**

Betr.: Tag der Deutschen Einheit verstärkt im Schulunterricht behandeln

Der Fall der Berliner Mauer jährt sich 2019 zum 30. Mal. Die Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck – im Rahmen des Festaktes „25 Jahre Deutsche Einheit“ am 3. Oktober 2015 in Frankfurt am Main – klingt einleuchtend: „Die Unterschiede sind kleiner geworden und besonders in der jungen Generation, da sind sie doch gänzlich verschwunden.“¹ Für die heutige Schülerschaft stellt der Tag der Deutschen Einheit mittlerweile ein Ereignis der deutschen Geschichte dar, welches sie nur aus Büchern, Medien wie dem Internet oder aus Erzählungen der Eltern oder sonstiger Familienangehöriger kennen. Die Schülerinnen und Schüler der Nachwendegeneration – die nach 1989 Geborenen – sind in einem wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen. Dabei scheint die „Mauer in den Köpfen“ der Nachwendegeneration in Teilen abgetragen zu sein, wie die OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration der Otto Brenner Stiftung: „Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?“² aus dem Jahr 2019 belegt. Die Autoren der Studie kommen aber auch zu dem Schluss, dass die Erfahrungen der Eltern und ihre subjektiv geprägte Berichterstattung einen Einfluss auf den Blick der Nachwendegeneration auf Politik und Gesellschaft haben: „Durch unterschiedliche Präsenz von Konfrontation und mit den Folgen der Wiedervereinigung, unterschiedliche Berührungspunkte und unterschiedliche Wende-Narrative, zeigt sich an dieser Stelle in der Nachwendegeneration noch eine Mauer im Kopf.“³ Daher empfehlen die Autoren der Studie, „die politische und geschichtliche Bildung zum Thema Wiedervereinigung zu stärken“.⁴ Dabei sollten vor allem auch Transformationserfahrungen erzählt und Transformationsleistungen anerkannt werden.

Gerade im schulischen Bereich hat die politische Bildung in den vergangenen Jahren einen Bedeutungsverlust erleiden müssen. Der PISA-Schock 2001 führte zu einer Verlegung der bildungspolitischen Schwerpunkte in Deutschland und Europa. Höhere Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft in einzelnen Fächern wie Mathematik, Naturwissenschaften oder die Schaffung neuer Schwerpunktfächer wie Informatik sind verständlich und erklärbar, führten aber in der Wahrnehmung zu diesem Bedeutungsverlust der historisch-politischen Bildung. Bundesweit wird immer weniger Geschichts- oder Politikunterricht erteilt. Die im März 2019 veröffentlichte Studie „Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundar-

¹ „25 Jahre Deutsche Einheit“ Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck beim Festakt am 3. Oktober 2015 in Frankfurt am Main, abgerufen am 29.07.2019, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/10/151003-Festakt-Deutsche-Einheit.html>.

² Vergleiche „Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?“ OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration“, Frankfurt am Main, 25. Februar 2019, abgerufen am 29.07.2019, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/obs-studie-zur-ersten-nachwendegeneration/>.

³ Ebenda, Seite 74.

⁴ Ebenda.

stufe I im Bundesländervergleich⁵ der Universität Bielefeld hat gezeigt, dass die Ergebnisse aus Hamburg schulartübergreifend unbefriedigend sind. Im Vergleich zu den Spitzenreitern Hessen und Schleswig-Holstein werden in Hamburg nur 2 Prozent der gesamten Lernzeit an Gymnasien für politische Bildung in dem Bereich „Politik-Gesellschaft-Wirtschaft“ eingesetzt. Hamburg belegt somit im bundesweiten Vergleich Platz acht. Im nicht gymnasialen Bereich schneidet Hamburg mit unter 2 Prozent noch deutlich schlechter ab und belegt nur Platz neun im Bundesdurchschnitt.

Die Wiedervereinigung ist ein Glücksmoment der deutschen Geschichte und bei weitem nicht selbstverständlich. Die Thematik der Wiedervereinigung sollte aus Sicht der CDU-Fraktion daher verstärkt im Schulunterricht und der Lehrerfortbildung behandelt werden. Denn gerade für das Gestalten einer demokratischen Gesellschaft ist ein Fundament an Wissen und Kenntnissen der historischen und politischen Bildung notwendig.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht:

1. Die Fächer Geschichte, Politik und Gesellschaft (mit Wirtschaft und Recht) sind in der Mittel- und Oberstufe der weiterführenden Schulen wieder aufzuwerten. Die Stundentafeln der entsprechenden Fächer sind aufzustocken und die Bildungspläne wieder mit mehr verpflichtenden Inhalten anzureichern. Schülerinnen und Schüler sollten ein abzuprüfendes Grundwissen – gemeinsame und verbindliche Inhalte (Wertekanon) – in diesem Bereich nachweisen, wenn sie den Ersten und Mittleren Abschluss sowie das Abitur erwerben wollen,
2. Insbesondere die Thematik der Deutschen Wiedervereinigung muss im Schulunterricht stärker in den Vordergrund gestellt werden, indem Lehrkräfte in der Lehrerfortbildung auf das Angebot der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie existierender digitaler Medien zu der Thematik aufmerksam gemacht und zu einem verstärkten Einsatz im Unterricht ermutigt werden,
3. Gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ein Programm zum Einsatz von Zeitzeugen und Zeitzeugenberichterstattung zu entwickeln, dabei zu prüfen, ob bis zur Etablierung solch eines Programms das Angebot www.zeitzeugenbuero.de der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Unterricht eingesetzt werden kann,
4. Ein verpflichtender landesweiter Aktionstag zur Thematik der Wiedervereinigung sollte in den Schulen durchgeführt werden, um die Auseinandersetzung mit entsprechenden Themenstellungen zu stärken. Dabei sollte dieser Tag nach Möglichkeit bundesweit einheitlich wie der Europatag festgelegt werden. Der Aktionstag soll zudem öffentlich wirksam beworben werden,
5. Der Bürgerschaft hierzu bis zum 31. Dezember 2019 zu berichten.

⁵ Vergleiche „Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich“, Universität Bielefeld, März 2019, abgerufen am 29.07.2019, <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2934293>.